

Drei Fragen an Jean-Claude Franck, beigeordneter Chefredakteur des Radio 100,7

Am 21. April 2009 reichte Paul-Henri Meyers einen Gesetzesvorschlag zu einer grundlegenden Revision der Luxemburger Verfassung ein. Dieser Text bleibt jedoch bis heute von den Medien und der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Gehen die Medien zu leichtfertig und oberflächlich mit dem Thema „Verfassung“ um?

Jean-Claude Franck: Nein. Auch wenn nicht alle Medien gleichermaßen viel über die Arbeiten an der Verfassungsreform berichten, ist es ein Thema. Eine oberflächliche Berichterstattung bringt wenig. Deshalb wurde auf Radio 100,7 vor der Sommerpause in zwei einstündigen Sendungen über die verschiedenen Aspekte der geplanten Verfassungsrevision diskutiert. Die Medien müssen dazu beitragen, dass eine öffentliche Debatte entsteht. Die Politik geht nämlich zögerlich damit um: vielleicht wegen der Frage, ob die Bürger in einem bindenden Referendum über die geplante Reform abstimmen sollen. Dass eine Revision notwendig ist, wurde der breiten Öffentlichkeit aber durch die Affäre Wickringen/Liwingen bewusst, weil auffiel, dass Minister einen Schutz genießen, der nicht mehr zeitgemäß ist (worauf Radio 100,7 übrigens bereits im Februar 2011 aufmerksam machte). Fazit: die Medien könnten noch mehr über die parlamentarischen Arbeiten am Text berichten. Allerdings gilt das auch für andere wichtige Gesetzesprojekte oder Gesetzesvorschläge. Leider wird manchmal erst über Gesetzesinitiativen berichtet, wenn das Parlament im Plenum darüber abstimmt.

Der Verfassungsvorschlag zählt 145 Artikel, 8 Seiten „Exposé des motifs“, 28 Seiten Kommentar und behandelt u. a. die Organisation der staatlichen Gewalten, die Rolle des Großherzogs und die Grundfreiheiten.

Wie bekommt man eine Debatte um einen solchen Text thematisch strukturiert?

J.-C. F.: Es gibt verschiedene Aspekte: wer (Volk oder Parlament) entscheidet, ob der Revisionsvorschlag in Kraft tritt? Welche Macht behält das Staatsoberhaupt und wie wird die Monarchie definiert? Wie wird die Trennung zwischen Justiz und Politik definiert und wie wird die Justiz möglicherweise neu organisiert? Was fehlt in dem Vorschlag für die Verfassungsrevision?

Wie sehen Sie Ihre Rolle als Redaktion eines öffentlich-rechtlichen Senders in einer solchen Debatte? Haben Sie hier eine besondere Verpflichtung?

J.-C. F.: Die haben wir bei politischen Debatten ganz gewiss. Anders als in verschiedenen privaten Medien überwiegen solche Themen bei Radio 100,7. Bereits 2009 haben wir in einer halbstündigen Sendung über die Arbeiten im parlamentarischen Verfassungsausschuss berichtet. Im Juni 2012 haben wir zum Beispiel in unserer Nachrichtensendung „Panorama“ das Gutachten vom Staatsrat über den Gesetzesvorschlag thematisiert. Am 24. Juni 2012 haben wir eine Diskussionsrunde über die geplante Verfassungsrevision ausgestrahlt, mit dem Abgeordneten Paul-Henri Meyers (CSV), Patrick Kinsch (Anwalt und Professor an der Universität Luxemburg) und Denis Scuto (Historiker). Am 7. Juli 2012 haben die Abgeordneten Paul-Henri Meyers (CSV) und Felix Braz (Déi Gréng) in der Sendung „Rücht raus“ eine Stunde lang über das Thema diskutiert. ♦

(Das über E-Mail geführte Interview fand am 23. August 2012 statt. LS)

